

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	4/2011
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	12. April 2011
Zeit:	19.00 Uhr – 20.50 Uhr
Ort:	Sitzungssaal im Rathaus
Vorsitz:	Bürgermeister Althoff
Mitglieder anwesend:	Stadträte Eisenhauer, Schweiger, Klaus Rupp, von Reumont, Unger, Wiltschko, Bergsträsser, Berroth, Hertel, Keller, Schimpf, Schubert, Fritsch, Holschuh, H. Streib, K-H. Streib, Volk, Geißler, Groesser, Katzenstein, Schmitz-Günther und Schwenk
weiter anwesend:	Ortsvorsteher Hoffmann und Stumpf
Mitglieder entschuldigt:	Stadträte Christian Rupp und Jürgen Rehberger
Urkundspersonen:	Stadträte Unger und Fritsch
Sachvortrag:	Herren Dr. Scheffczyk, Ansorge, Arnold, Möhrle und Heid Herr Dr. Pooth, Wirtschaftsprüfungskanzlei Rölffs und Partner
Schriftführer:	Herr Moll

FRAGESTUNDE

Frau Haas spricht die Planungen für das Güterbahnhofareal an und erkundigt sich, ob der alte Geräteschuppen abgerissen werden soll, der nach ihrem Wissen denkmalgeschützt ist. BM Althoff erklärt hierauf, dass das Bebauungsplanverfahren ganz am Anfang steht und konkrete Maßnahmen noch nicht beschlossen sind. Weiterhin erkundigt sich Frau Haas nach den Planungen zum Bau eines Kraftwerkes im Güterbahnhofareal. Bürgermeister Althoff führt aus, dass es entsprechende Planungen gibt; aber auch hierzu sind noch keine Entscheidungen getroffen. Darüber hinaus bittet Frau Haas um Informationen zum Ausbau der Bahnstrecke Richtung Eberbach. Bürgermeister Althoff dankt für diese Anfrage und erklärt, dass aktuell keine Informationen von Seiten der Bahn bei der Stadt vorliegen, die Stadt aber in dieser Sache bei der Bahn nachfragen wird. Grundsätzlich hat man aber die Erfahrung gemacht, dass die Bahn gegenüber der Stadt und den betroffenen Anwohnern nicht gerade informationsfreudig ist.

Herr Lutz erkundigt sich, ob neue Erkenntnisse zur Streckenführung der Linie 35 vorliegen. Bürgermeister Althoff geht davon aus, dass die Linie 35 – eine entsprechende Entscheidung des Gemeinderates im Rahmen des Verkehrskonzeptes vorausgesetzt – weiterhin durch die Altstadt fahren wird. Die entsprechende Berichterstattung in der Rhein-Neckar-Zeitung spiegelt die aktuelle Beschlusslage des Gemeinderates nicht korrekt wider. Bürgermeister Althoff macht in diesem Zusammenhang nochmals auf die Bürgerinformation zum Thema Altstadt-Verkehrsführung und Gestaltung am Freitag, den 15.04.2011 ab 18.30 Uhr aufmerksam.

Frau Nowakowski erklärt, dass zur Entwicklung der Altstadt in der Vergangenheit Visionen entwickelt wurden, die sie dazu bewogen haben, in die Neckarstraße zu ziehen. Die Umsetzung dieser Maßnahmen steht bis jetzt aus, im Gegenteil, die Belastung durch den Verkehr hat sich zusehends erhöht. Bürgermeister Althoff macht deutlich, dass sich die Verkehrssituation nach der Eröffnung des Tunnels erheblich verbessern wird. Es wird ein Rückgang von derzeit ca. 9.000 auf dann 2.500 – 2.700 Fahrzeugen täglich erwartet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Stadtrat Bergsträsser stellt vor Eintritt in die Tagesordnung den Antrag, den TOP 9 „Änderung der Friedhofssatzung- Friedhofsgebührenkalkulation“ von der Tagesordnung zu nehmen. Er begründet dies damit, dass der Sachverhalt noch nicht in den Ortschaftsräten behandelt worden ist. Bürgermeister Althoff erklärt, dass es hierzu im Rahmen der Haushaltsberatungen intensive Beratungen gegeben hat. Er kann sich eine Absetzung des Tagesordnungspunktes vorstellen, wenn die Ortschaftsräte zügig hierüber beraten. Der Antrag zur Geschäftsordnung wird zur Abstimmung gestellt. Er wird bei fünf Enthaltungen und sechs Gegenstimmen angenommen. Stadtrat Schmitz-Günther gibt hierzu eine persönliche Erklärung ab. Er vertritt die Auffassung, dass es sich hierbei um eine rein haushaltsrechtliche Angelegenheit mit erheblicher Bedeutung für die Stadt handelt und dass die Ortschaftsräte hierzu keine Befugnis haben. Insofern ist für ihn der Antrag auf Absetzung von der Tagesordnung sowie die Entscheidung dies umzusetzen nicht nachvollziehbar.

1: **Genehmigung des Protokolls Nr. 3/2011 vom 22. März 2011**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Gemeinderäten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird genehmigt.

2: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung Nr. 4/2011 vom 22. März 2011 gefassten Beschlüsse**

2.1: **Sachvortrag:**

Der Bürgermeister gibt die Beschlüsse der nichtöffentlichen Sitzung entsprechend der Vorlage bekannt. Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

2.2: **Beratung:**

2.3: **Beschluss:**

3: **Bebauungsplan Güterbahnhofareal - Aufstellungsbeschluss**

3.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Stadtbauamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Bürgermeister Althoff führt in den Tagesordnungspunkt ein und erläutert die Bedeutung des Aufstellungsbeschlusses. Dieser hat die Funktion einen Bebauungsplan auf den Weg zu bringen. Auf Grundlage eines ersten Planungsentwurfes wird dann eine erste Abfrage bei den betroffenen Behörden durchgeführt. In diesem Zusammenhang gibt es dann auch eine frühzeitige Bürgerbeteiligung. Die eingegangenen Anregungen werden dann in einen zweiten, feiner abgestimmten Entwurf eingearbeitet. Darauf hin erfolgt eine Offenlage des Bebauungsplans für die Dauer von einem Monat, in dem die Bürger die Möglichkeit haben, sich intensiv mit den Planungen zu befassen. Weitere Einwände und Anregungen werden dann in den Entwurf eingearbeitet. Erst danach kann es dann zu einem Beschluss des Bebauungsplans durch den Gemeinderat kommen. Der Aufstellungsbeschluss der heute zu treffen ist, stellt eine Erweiterung des schon bestehenden Gemeinderatsbeschlusses dar, durch den das beplante Gebiet um das ehemalige Telekom-Gebäude erweitert werden soll.

3.2: **Beratung:**

Stadtrat Schimpf erkundigt sich zur Abgrenzung des Bebauungsplangebiets in östlicher Richtung. Aus seiner Sicht wäre die Aufnahme weiterer bereits bebauter Grundstücke sinnvoll, da es dann zu einer Aufnahme in das Sanierungsgebiet käme. BM Althoff weist darauf hin, dass der Bebauungsplan und das Sanierungsgebiet nicht deckungsgleich sind. In Bezug auf die bauliche Entwicklung wird sich bei einer Aufnahme der angesprochenen Grundstücke nichts verändern, da diese bereits entwickelt sind.

In Bezug auf das Menzer Gebäude handelt es sich um ein denkmalgeschütztes Gebäude, bei dem ohnehin keine Veränderungen möglich sind. Nach gründlicher Abwägung soll dieses Grundstück außen vor bleiben.

Stadträtin Geißler fragt nach, ob man den Planungen auch die vorhandene Fledermauspopulation berücksichtigt hat. In den großen alten Bäumen sind viele Fledermäuse zu beobachten. Laut Bürgermeister Althoff werden die Fachbehörden in das Planverfahren einbezogen. Auch die Einholung eines entsprechenden Gutachtens ist möglich. Die Stadt ist hier nicht unter Zeitdruck, da die Gesamtfläche in Bauabschnitten über einen Zeitraum bis 2014 entwickelt wird.

Stadtrat Fritsch erklärt, dass vor rund 20 Jahren eine Bestandszählung der Fledermäuse durchgeführt wurde. Bezüglich des Telekom- und Asuso-Gebäudes sollte der Denkmalschutz geprüft werden.

3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, für den im Lageplan vom 6. April 2011 dargestellten Bereich nach § 13 a Baugesetzbuch in Verbindung mit § 2 Absatz 1 BauGB ein Bebauungsplan aufzustellen.

4: **Bebauungsplanänderung und –erweiterung „Neckarsteinacher Straße“ - Aufstellungsbeschluss**

4.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Stadtbauamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Bürgermeister Althoff führt aus, dass die für den Bereich VW Bernhard und REWE bestehende alte Bebauungsplanfläche um die dahinter liegenden Grundstücksflächen erweitert und der Bebauungsplan dementsprechend geändert werden soll, um diese Flächen einer genau definierten gewerblichen Nutzung zuzuführen. Herr Dr. Scheffczyk macht darauf aufmerksam, dass auch das unbebaute Gassert-Grundstück in die Planungen miteinbezogen werden soll.

4.2: **Beratung:**

Stadtrat Schmitz-Günther bewertet die dargestellte Vorgehensweise als sehr sinnvoll. Für ihn stellt sich allerdings die Frage, warum nicht der Bebauungsplan Kleingemünd erweitert wird. Des Weiteren bittet er um Auskunft, warum nun mit dem Büro Piske zusammen gearbeitet werden soll und die Auftragsvergabe nicht an das Büro erteilt wird, das den Bebauungsplan für Kleingemünd entwickelt hat. Er sieht hier den Vorteil der Kontinuität. Bürgermeister Althoff erklärt hierzu, dass sich das Büro Piske über die Durchführung der Aldi-Erweiterung mit der örtlichen Situation gut auskennt. Im Übrigen handelt es sich um ein überregional tätiges erfahrenes Büro. Herr Dr. Scheffczyk erklärt, dass die Aufnahme der noch unbeplanten Flächen in den alten Bebauungsplan für eine städteplanerische Neuordnung des gesamten Bereichs sinnvoll ist.

Zudem muss dann nur der Bebauungsplan „Neckarsteinacher Straße“ geändert werden, während bei einer Erweiterung des Bebauungsplans „Kleingemünd“ zusätzlich auch dieser geändert werden müsse.

Stadtrat Volk erkundigt sich in diesem Zusammenhang nach den Auswirkungen auf eine bereits vorliegende genehmigte Bauvoranfrage mit Befreiungen. Laut Bürgermeister Althoff wird diese planerisch abgesichert. Dr. Scheffczyk erklärt, dass über die erteilte Genehmigung ein Bestandsschutz für den Bauherrn existiert.

Stadtrat Schmitz-Günther sieht in diesem Bereich keinen großflächigen Einzelhandel. Hier sieht er vielmehr Gewerbeflächen. Dies sollte dem beauftragten Büro vorab mitgeteilt werden. Bürgermeister Althoff erklärt, dass die Stadt dem Büro entsprechende Vorgaben zu den Vorstellungen über die Entwicklung des Gebietes macht. Es handelt sich im Grunde um ein vergleichbares Verfahren wie im Güterbahnhofareal.

Stadtrat Katzenstein führt aus, dass es nach dem Beschlussvorschlag auch um eine Beauftragung eines Planungsbüros geht. Hierzu möchte er wissen, welche Kosten dadurch entstehen und weshalb keine anderen Büros als Alternativen vorgeschlagen wurden. Dr. Scheffczyk erklärt hierzu, dass die Ingenieurleistungen über die HOAI abgerechnet werden.

Stadtrat Schmitz-Günther erkundigt sich nach der Umlagefähigkeit der Planungskosten. Bürgermeister Althoff sichert eine Prüfung zu.

4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt bei einer Enthaltung für den im Lageplan vom 6. April 2011 dargestellten Bereich nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch unter Bezug auf die in der Sachdarstellung genannte Begründung einen Bebauungsplan aufzustellen. Auf der Grundlage des Angebotes soll das Büro Piske mit den Planungsarbeiten beauftragt werden.

5: **Gründung einer Stiftung**
- Beschluss der Stiftungssatzung

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Rechnungsamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Bürgermeister Althoff führt aus, dass der Gemeinderat einstimmig die Vergabe der Stromkonzession an die Stadtwerke Neckargemünd GmbH beschlossen hat. Durch die Übernahme des Stromnetzes erhält die Stadt Neckargemünd die Möglichkeit selbst ökonomische und langfristig auch ökologische Vorteile zu erreichen. Ziel ist es, die Stadt Stück für Stück auf regenerative Energien umzustellen. Der Kauf des Netzes soll aus der Erbschaft der Frau Hanna Weis finanziert werden. Hierzu soll eine Hanna-Weis-Stiftung gegründet werden. Für die Stiftungsgründung eilt die Zeit, hier ist ein zügiger Beschluss notwendig. Der Entwurf der Stiftungssatzung liegt der Stadt erst seit wenigen Tagen vor. Es sollte heute zumindest ein Grundsatzbeschluss zur Stiftungsgründung beschlossen werden. In den kommenden Tagen soll dann der genaue Inhalt der Stiftungssatzung mit den Fraktionen abgestimmt werden. In diesem Zusammenhang weist Bürgermeister Althoff darauf hin, dass es eine weitere Gemeinderatssitzung am 03.05.2011 geben wird. Herr Dr. Pooth ergänzt die Ausführungen und erklärt, dass mit der Gründung der Stiftung die finanziellen Voraussetzungen für den Erwerb des Stromnetzes geschaffen werden. Deshalb ist ein formaler Beschluss zur Stiftungsgründung für die Einleitung weiterer Schritte wichtig.

5.2: **Beratung:**

Stadtrat Schmitz-Günther erweitert die Ausführungen des Bürgermeisters für das anwesende Publikum. Die zu gründende Stiftung verfolgt den Zweck, Geldmittel für soziale, kulturelle und sonstige Zwecke zur Verfügung zu stellen. Der Erwerb des Stromnetzes stellt nur die Anlageform des Geldes dar, damit für den Stiftungszweck dauerhaft ein wirtschaftlicher Ertrag erwirtschaftet werden kann.

Stadtrat Volk zeigt sich dankbar, dass die Satzung heute noch nicht endgültig beschlossen werden soll. Er bittet die Fraktionen ihre Anregungen zum vorliegenden Entwurf direkt an Herrn Arnold zu senden, damit im Verfahren Zeit gespart werden kann.

Stadtrat Schimpf stimmt den Ausführungen von Stadtrat Schmitz-Günther zu. So gebe es in der Bevölkerung viele falsche Vorstellungen zur Erbschaft von Frau Hanna Weis und den Kauf des Stromnetzes. Er macht an dieser Stelle deutlich, dass die hier zu gründende Stiftung nicht mit der vorgesehenen Bürgerstiftung verwechselt werden darf.

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat fasst einstimmig den Grundsatzbeschluss, eine Stiftung mit dem Namen „Hanna Weis Stiftung“ zu gründen. Die Stiftung soll das Stiftungsvermögen als stiller Gesellschafter in eine noch zu gründende Netzgesellschaft einbringen. Mit dem Stiftungsvermögen soll die Netzgesellschaft das Stromnetz erwerben.

6 + 7: **Beschaffung eines Staffellöschfahrzeugs StLF 10/6 für die Freiwillige Feuerwehr – Abteilung Mückenloch**
- Ergebnisse der öffentlichen Ausschreibung
- Auftragsvergabe

Beschaffung eines Gerätewagen-Logistik GW-L2 für die Freiwillige Feuerwehr – Abteilung Neckargemünd
- Ergebnisse der öffentlichen Ausschreibung
- Auftragsvergabe

6.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Ordnungsamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Bürgermeister Althoff führt in den Sachverhalt ein und betont, dass man mit Herrn Zawatke einen ausgewiesenen Fachmann im Bereich des Feuerwehrbeschaffungswesens gewonnen hat. Bei einem Absatz von 500.000 € hat man mit einem Ausschreibungsergebnis von 501.000 € eine Punktlandung erzielt.

Herr Heid führt weiter aus, dass die ausgeschriebenen Fahrzeuge dringend benötigt werden. Es handelt sich dabei nicht um zusätzliche Fahrzeuge sondern um Ersatz für die beiden dienstältesten Fahrzeuge der Abteilungen Neckargemünd und Mückenloch, die nach mehr als der doppelten üblichen Nutzungsdauer außer Dienst gestellt werden sollen. Der Ersatz der beiden Feuerwehrfahrzeuge wurde durch den Feuerwehrbedarfsplan bestätigt. Das Anforderungsprofil für die europaweite Ausschreibung der beiden Fahrzeuge wurde in enger Abstimmung zwischen Feuerwehrführung und Herrn Zawatke erstellt. Unter Bezugnahme auf die Ausschreibungsergebnisse führt Herr Heid aus, dass mit Ausnahme des Loses für die Atemschutzgeräte alle Vergaben an den jeweils günstigsten Anbieter erfolgen sollen. Bei den Atemschutzgeräten hat man sich aufgrund der notwendigen Wartungsintervalle für einen Anbieter in räumlicher Nähe entschieden.

Bürgermeister Althoff ergänzt, dass zu den Zuschüssen des Landes in Höhe von 90.000 € weitere 60.000 € Zuschuss aus dem Ausgleichsstock gewährt werden.

6.2: **Beratung:**

Stadträtin Groesser erkundigt sich, wie es sein kann, dass zwei Anbieter centgenau zu den gleichen Preisen anbieten. Herr Zawatke erklärt, dass die beiden Firmen eng kooperieren und die Fa. Massong ein Generalvertreter der Fa. Rosenbauer ist.

Stadtrat Schmitz-Günther stellt fest, dass zu zwei Losen keine Vergaben vorgesehen sind. Er möchte wissen, ob das vorhandene alte Material weiter im Einsatz bleiben kann. Weiterhin mahnt er den Beschluss des Feuerwehrbedarfsplans an. Herr Heid erläutert, dass die Lose 10 und 11 aus wirtschaftlichen Gründen zurückgestellt wurden. Zum Feuerwehrbedarfsplan führt BM Althoff aus, dass dieser den Fraktionen in der Endfassung bereits seit geraumer Zeit vorliegt. Da der Bedarfsplan klare Aussagen trifft, hat die Stadtverwaltung unabhängig von dessen formalen Beschluss im Einvernehmen mit dem Gemeinderat bereits damit begonnen, Maßnahmen umzusetzen, wie z.B. die Stellung eines hauptamtlichen Feuerwehrgerätewartes oder die Beschaffung der beiden Fahrzeuge.

6.3: **Beschluss:**

- I. Der Gemeinderat beschließt einstimmig
 1. für die Abt. Mückenloch ein StLF 10/6 und
 2. für die Abt. Neckargemünd einen GW-L2 zu beschaffen.

- II. Die Auftragsvergabe soll auf der Grundlage der europaweiten Ausschreibung in Losen wie folgt vorgenommen werden:

Los 1 StLF 10/6	Ziegler Feuerwehrgeräte- technik GmbH & Co.KG Werk: Giengen/Brenz	144.896,78 € incl. Mwst.
Los 2 GW-L2	Hensel Fahrzeugbau GmbH & Co.KG in Waldbrunn	195.039,44 € incl. Mwst.
Los 3 Funk	Esser GmbH in 56218 Mülheim-Kärlich	10.167,36 € incl. Mwst.
Los 4 allg. Fw.technik	Herbach Brandschutz GmbH 97877 Wertheim	62.658,54 € incl. Mwst.
Los 5 Rollcontainer	Hensel Fahrzeugbau GmbH & Co.KG in Waldbrunn	21.979,30 € incl. Mwst.
Los 6 Atemschutz	Gebra Brandschutz GmbH, 74889 Sinsheim	19.483,94 € incl. Mwst.
Los 7 Tragkraftspritze	Massong Frankenthal oder Rosenbauer KA	22.777,55 € incl. Mwst.
Los 8 elektr. Geräte	Ziegler Feuerwehrgeräte- technik GmbH & Co.KG Werk: Giengen/Brenz	15.871,58 € incl. Mwst.
Los 9 Zelt	Gebra Brandschutz GmbH, 74889 Sinsheim	5.993,10 € incl. Mwst.
Los 12 Schmutzwasserpumpe	Ziegler Feuerwehrgeräte- technik GmbH & Co.KG Werk: Giengen/Brenz	2.781,22 € incl. Mwst.
		501.648,81 € incl. Mwst.

8: **Kirchberghalle Mückenloch**
- Vergabe der Fensterbauarbeiten

8.1: **Sachvortrag:**

Die Tischvorlage des Stadtbauamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Dr. Scheffczyk erläutert die eingetretenen Veränderungen zur ursprünglichen Planung. Stadtrat Schmitz-Günther bewertet die Gesamtmaßnahme positiv, hätte aber gerne Fenster in einer anderen Ausführung als PVC gesehen.

8.2: **Beratung:**8.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt bei 2 Enthaltungen den Auftrag an den Bieter mit dem günstigsten Angebot, Firma „BTS-Bau Technik Systeme GmbH“, mit der geprüften Angebotssumme von 68.060,63 € zu vergeben.

9: **Änderung der Friedhofsatzung
- Friedhofsgebührenkalkulation**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde auf Antrag von Ortsvorsteher Bergsträsser von der Tagesordnung abgesetzt.

10: **Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen**10.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Rechnungsamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

10.2: **Beratung:**10.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die in der Vorlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an bzw. beschließt über deren Vermittlung.

11: **Verschiedenes**

11.1: Stadtrat Schwenk führt aus, dass die CDU-Fraktion in ihrer Haushaltsrede die Bedeutung des Arbeitskreises Bildung hervorgehoben hat. Das gilt auch für die Bedeutung der Schulsozialarbeit. Er bittet um die Vereinbarung eines neuen Termins für eine Sitzung des Arbeitskreises. Aus seiner Sicht sollten die Themen Schulsozialarbeit und Ganztageschule nochmals diskutiert werden. Bürgermeister Althoff verweist auf den Regierungswechsel auf Landesebene und spricht sich dafür aus, zunächst die Konsequenzen des Wechsels für den Bildungssektor abzuwarten. Zudem sind im städtischen Haushalt 2011 hierfür keine weiteren Mittel eingestellt. Sobald sich neue Erkenntnisse z.B. aus dem Koalitionsvertrag ergeben, soll eine Sitzung des Arbeitskreises einberufen werden.

11.2: Stadtrat Katzenstein bedankt sich bei der Verwaltung für die Veröffentlichung der Protokolle der öffentlichen Gemeinderatssitzungen auf der städtischen Homepage. Er bittet in diesem Zusammenhang auch das Ortsrecht, also die Satzungen zu veröffentlichen. Bürgermeister Althoff teilt mit, dass die Verwaltung dies in Arbeit hat.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadtrat Unger

Der Schriftführer

Stadtrat Fritsch